

Wolfgang Herzberg
Patrick von zur Mühlen
(Herausgeber)

Auf den Anfang kommt es an

Sozialdemokratischer Neubeginn
in der DDR 1989

Interviews
und Analysen



Verlag J.H.W. Dietz Nachf.

Vorwort

Der vorliegende Sammelband enthält eine Reihe von Interviews, die die Herausgeber im Zeitraum 1991/92 mit Vertretern der Gründergeneration der Sozialdemokratie in der DDR geführt haben. Angeregt wurde das Projekt durch einen der Akteure, Dr. Konrad Elmer, der dazu selbst den Erlebnisbericht „Auf den Anfang kommt es an“ verfaßt und dem damaligen SPD-Vorsitzenden Dr. Hans-Jochen Vogel vorgelegt hatte. Von diesem wurde die Anregung an die Friedrich-Ebert-Stiftung weitergeleitet, wo gleichzeitig ähnliche Pläne in Angriff genommen worden waren. Auf Elmers Anregung hin übernahmen die Herausgeber auch seinen Titel für die vorliegende Publikation.

Der Zeitpunkt war für das Interview-Projekt von Bedeutung, da schon manche Erinnerungen der Zeitzegen zu verblassen begannen oder durch spätere Eindrücke und Einsichten überlagert wurden. Und obwohl inzwischen in verschiedenen Orten über dieses Thema gearbeitet wird und Materialien gesammelt werden, sind bereits jetzt manche Spuren der Gründungsgeschichte verwischt.

Im Zentrum unseres Interesses standen vor allem diejenigen Personen, die an der Planung und Vorbereitung der Partei mitgewirkt hatten sowie am Gründungsakt selbst am 7. Oktober 1989 im märkischen Dörfchen Schwante (bei Oranienburg) beteiligt gewesen waren. Die anfangs gehegte Absicht, alle Beteiligten zu befragen, scheiterte an unvorhersehbaren Schwierigkeiten. Nicht von allen Gründern konnten die Anschriften ermittelt werden. Einige beantworteten die Anfragen nicht oder zeigten sich desinteressiert. Einige vereinbarte Interviews kamen aufgrund von Termin- oder organisatorischen Schwierigkeiten nicht zustande. Dafür wurden im Rahmen des Interview-Projekts auch solche Personen befragt, die zwar erst nach dem Gründungsakt in Schwante hinzugekommen waren, aber maßgeblich am Aufbau der Partei auf DDR-Ebene sowie auf regionaler und/oder lokaler Ebene beteiligt gewesen waren. Auf diese Weise konnten bis jetzt 30 Personen befragt werden, darunter auch solche, die sich inzwischen von der Sozialdemokratie abgewandt haben.

Der Zeithorizont des Fragenspektrums wird begrenzt durch die Konsolidierung der Partei, den ersten Delegiertentag im Januar 1990, den Leipziger Parteitag im Februar, spätestens jedoch durch die Volkskammerwahl im März 1990. Die Zeit der Regierungsbeteiligung und des Einigungsprozesses war nicht mehr Gegenstand des Projekts. Es war unser Bestreben, die persönlichen Wege der

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Auf den Anfang kommt es an : sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989 ; Interviews und Analysen / Wolfgang Herzberg ; Patrik von zur Mühlen (Hrsg.). - Bonn : Dietz, 1993

ISBN 3-8012-0198-8

NE: Herzberg, Wolfgang [Hrsg.]

Copyright © 1993 by Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH, Bonn

In der Raste 2, D-53129 Bonn

Umschlag: Manfred Waller, Reinbek (unter Verwendung eines Fotos von Andreas Schoelzel)

Satz: elco-satz R. Riemel, Bonn

Druck und Verarbeitung: Druckhaus Neue Presse, Coburg

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 1993

Beteiligten nach Schwante in den Kontext der jeweiligen Biographien zu stellen. Unsere Fragen richteten sich nach Elternhaus, Bildungsweg und Berufsleben, nach Prägungen und frühen Verletzungen durch das SED-Regime und dem Verlauf der Politisierung. Im Zentrum standen die Gründung in Schwante und der organisatorische Aufbau der Partei vor dem Hintergrund des sich immer deutlicher abzeichnenden Zusammenbruchs der DDR. Fragen nach resümierenden Urteilen, nach Wünschen und Hoffnungen aus heutiger Sicht wurden in den Fragenkatalog einbezogen.

Die zwischen Oktober 1991 und Juni 1993 geführten Interviews wurden auf Band aufgenommen, abgeschrieben, redigiert und den Interview-Partnern zur Durchsicht, Ergänzung und Korrektur vorgelegt. Diese autorisierten Fassungen werden in ausgedruckter Form im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung/Bonn aufbewahrt und können von Historikern, Publizisten und anderen Interessenten eingesehen werden.¹

Acht Interviews mit Teilnehmern der Gründungsversammlung in Schwante wurden in den vorliegenden Sammelband aufgenommen. Bestimmend für die Auswahl waren charakteristische biographische Hintergründe und berufliche und intellektuelle Sozialisierungen derer, die die SDP in Schwante gründeten, ihre Beteiligung an den Vorbereitungen und am Aufbau der Partei sowie der Informationsgehalt der Interviews. Einige Texte, die bislang nicht oder bis Redaktionsschluß nicht rechtzeitig autorisiert und abgeliefert wurden, konnten nicht mehr berücksichtigt werden, so daß dieser Sammelband nicht den Grad an Vollständigkeit erreicht hat, der für die Thematik wünschenswert gewesen wäre. Diese Feststellung gilt auch für das Interview mit Ibrahim Böhme, das viele Leser zu Recht für einen Sammelband mit dieser Thematik erwarten dürften.

Wegen unterschiedlicher Interpretationen der Gründungsdokumente und der in ihnen gesetzten Ziele legten die beiden Initiatoren der Gründung, Martin Gutzeit und Markus Meckel, Wert auf eine zusätzliche Klarstellung ihrer Absichten, die mit der Parteigründung verbunden waren. Aus diesem Grunde wurde unter Leitung von Dr. Dieter Dowe ein Streitgespräch zwischen ihnen

¹ Interviews wurden mit folgenden Personen durchgeführt, wobei die Gründungsmitglieder von Schwante mit * gekennzeichnet sind: *Angelika Barbe, *Amo Behrend, *Ibrahim Böhme, *Frank Bogisch, *Dankward Brinksmaier, *Dr. Konrad Elmer, Arne Grimm, *Martin Gutzeit, Regine Hildebrandt, *Stephan Hilsberg, *Torsten Hilse, *Ursula Kaden, *Joachim Kähler, Dieter Kaiser, Ulrich Kasparick, Fritz Klotzek, *Thomas Krüger, *Johannes Kwaschik, *Sabine Leger, Christoph Matschie, *Markus Meckel, **Annemarie & Matthias Müller, Rüdiger Natzius, *Arndt Noack, *Steffen Reiche, *Oliver Richter, *Rainer Rühle, Prof. Dr. Richard Schröder, *Harald Seidel, Wolfgang Thierse.

und den Herausgebern durchgeführt und als Text in diesen Band aufgenommen.

Die Interviews wurden in einigen Fällen unter Kennzeichnung der Auslassungen geringfügig gekürzt. Personen, Institutionen sowie zeit- und DDR-spezifische Ausdrücke, die vor allem der westdeutschen Öffentlichkeit wenig vertraut sein dürften, wurden in Fußnoten erläutert. Die Herausgeber haben den Interviews Essays vorangestellt, in denen aus ihrer Sicht Herkunft und Sozialisationsgeschichte der Gründer bzw. die Gründungsgeschichte selbst skizziert werden. Ein Dokumentenanhang enthält Schriftstücke, auf die in den Interviews des öfteren Bezug genommen wird.

Die beiden Herausgeber repräsentieren in gewisser Weise selbst zwei Entwicklungsphasen der deutschen Geschichte. War der eine in West-Berlin aufgewachsen, so stammt der andere aus Ost-Berlin und hat seine Sozialisierung in der DDR erfahren. Unterschiedliche Erfahrungen und Wertvorstellungen führten auch zu verschiedenartigen Sensibilitäten, die wiederum differierende Interessen in den Interviews zur Folge hatten. Die Fragen lassen dies gelegentlich erkennen. Wegen dieser sich ergänzenden Sichtweisen wurden die Interviews, soweit nicht besondere Hindernisse im Wege standen, gemeinsam durchgeführt. Auch in den beiden Essays haben sich kontroverse Bewertungen niedergeschlagen. Die Herausgeber betrachten dies nicht als Nachteil, entspricht dies doch in hohem Maße der Wirklichkeit der Lebenswelten in den früher getrennten Teilen Deutschlands.

Das Projekt wurde durch eine großzügige Spende der Otto-Bennemann-Stiftung im Rahmen der wissenschaftlichen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung ermöglicht. Der Leiter des Historischen Forschungszentrums der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Dieter Dowe, hat den Fortgang der Arbeit mit Interesse begleitet und manche Anregung gegeben. Frau Bärbel Bruna/Berlin fertigte die Abschriften der Interviews an, Frau Heike Spanier und Frau Maria Theodossiou halfen bei der datengerechten Verarbeitung des Materials. Ihnen allen sei hiermit der Dank der Herausgeber ausgesprochen, besonders aber den Interview-Partnern selbst, die ihre Zeit, ihr Wissen und ihre Erfahrung für mehrstündige und nicht immer bequeme Interviews zur Verfügung stellten.

Berlin-Pankow/Bonn, im August 1993

Wolfgang Herzberg
Patrik v. zur Mühlen

Inhalt

Wolfgang Herzberg:
Der Gründerkreis des sozialdemokratischen Neubeginns in der DDR 1989:
Versuch einer Analyse ihrer kollektiven Biographie 11

Patrik von zur Mühlen:
Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR..... 38

Interviews:

Martin Gutzeit	61
Markus Meckel.....	106
Stephan Hilsberg	134
Konrad Elmer.....	158
Steffen Reiche.....	182
Frank Bogisch.....	204
Harald Seidel	230
Annemarie und Matthias Müller	248
Diskussion über Ziele und Motive der Gründung	277
Dokumente.....	313
Personenregister.....	333
Die Herausgeber	336

Die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie in der DDR¹

Unter den politischen Entwicklungen der Wende im Spätsommer und Herbst 1989 in der DDR nimmt die Gründung einer neuen Sozialdemokratischen Partei eine besondere Stellung ein. Diese Tatsache liegt vor allem darin begründet, daß sie unter den zahlreichen neugebildeten Komitees, Vereinigungen, Bürgerinitiativen und sonstigen Gremien der „Wendezeit“ die einzige sich als Partei begreifende neue politische Kraft war und sich in Abgrenzung zu den Bürgerbewegungen zu einem verpflichtenden Programm und einem auf ihre Mitglieder begrenzten Mandat bekannte.

Auf der einen Seite gab es bis dahin die SED, die de facto und durch die DDR-Verfassung auch de jure das Machtmonopol im Staate innehatte. Daneben bestanden die sogenannten Blockparteien CDU, LDPD, Bauernpartei und NDPD, deren Anwesenheit so etwas wie politischen Pluralismus und ein Mehrparteiensystem andeuten sollten. Gemeinsam mit der SED, mit den Gewerkschaften und den sogenannten Massenorganisationen waren sie in der „Nationalen Front“ zusammengefaßt und bildeten bei Volkskammerwahlen eine Einheitsliste, auf der die Sitzverteilung im voraus festgelegt war. Da es darüberhinaus keine andere Listen gab, waren die „Blockparteien“ keine eigentlichen Parteien im demokratischen Sinne: Mochten einige Mitglieder sich auch darum bemüht haben, politische Initiativen einzubringen und ein Minimum an Eigenständigkeit zu erringen, so fungierten die Blockparteien nicht als Organ der Willensbildung der Parteibasis. Weder bildeten sie untereinander und gegenüber der SED eine Konkurrenz, noch stellten sie sich dem Wähler, der sich bei Volkskammer-

¹ Zur Zeit werden an verschiedenen Hochschulen und anderen Institutionen Studien zur Gründungsgeschichte vorbereitet. Bislang sind erschienen Gero Neugebauer/Bernd Niedbalski: Die SDP/SPD in der DDR 1989-1990. Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie. Text, Chronik und Dokumentation (Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 74), Berlin 1992, sowie Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR, hrsg. von Dieter Dowe in Zusammenarbeit mit Rainer Eckert (= Reihe Gesprächskreis Geschichte, Heft 3), Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Historisches Forschungszentrum, Bonn 1993. - Persönliche Erinnerungen zur Gründungsgeschichte s. Konrad Elmer: Auf den Anfang kommt es an!, *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 2/1991, S. 136-140.

wahlen für eine Partei seiner Präferenz hätte entscheiden können. Dafür wurden sie für politisches Wohlverhalten und für ihre Konformität mit der SED auf vielfältige Weise belohnt und in das System eingebunden. Nicht nur duldete die SED ihre Existenz, sondern gewährte ihnen einen organisatorischen Apparat, eigene Zeitschriften und Schulungszentren, Parlamentssitze und Ministerposten. Diese bestehende Infrastruktur war von großer Bedeutung, als die Blockparteien jeweils ihre eigene „Wende“ erlebten, sich aus dem Zwangssystem lösten und sich um ein eigenes Profil bemühten.

Auf der anderen Seite bildeten sich im Sommer und Herbst 1989 aus Gruppen der Bürgerbewegung Zusammenschlüsse wie das „Neue Forum“, „Demokratie jetzt“, der „Demokratische Aufbruch“ und die „Deutsche Soziale Union“ (DSU), von denen sich die beiden erstgenannten - eingedenk der in der DDR verbreiteten Vorbehalte gegenüber Parteien insgesamt - als neue Form politischer Willensbildung verstanden: ohne parteiinternen Funktionärsapparat, spontan und basisdemokratisch. Nur in dieser offenen und bürgernahen Struktur glaubten sie, einen Rückfall in Parteienherrschaft, politische Verkrustung und inhumanes Staatsverständnis verhindern zu können.

Der Preis, den sie für ihr Selbstverständnis zahlen mußten, war langfristig hoch. Ohne konstanten Mitgliederstamm, ohne organisatorischen Apparat, mit unzureichenden Geldquellen und vor allem ohne die für politische Organisationen maßgebliche Bereitschaft zur Übernahme institutionalisierter politischer Verantwortung war eine kontinuierliche Arbeit nur schwer möglich. Einige Gruppierungen schlossen sich denn auch später Parteien an, andere lösten sich auf oder verkümmerten zur Bedeutungslosigkeit. Allein das „Neue Forum“ und einige kleinere Gruppen erlangten durch die lockere Fusion mit den (Ost-)Grünen eine parlamentarische Präsenz als „Bündnis 90/Grüne“. Ob und wie weit die Bürgerbewegungen nach Vereinigung der Grünen in Ost und West erkennbare Spuren hinterlassen werden, wird sich zeigen müssen.

Zur Entstehung einer oppositionellen Öffentlichkeit

Welche Gruppen, welche Personen standen in abgestufter Opposition zum SED-Staat, und welches waren hierbei die entscheidenden Motive? Diese Frage heißt, eine Vielzahl von unterschiedlichen Personen und Gruppierungen unter einen Begriff zu subsumieren und sie dadurch zu verfälschen. Denn die vielzitierte „Nischengesellschaft“ der DDR bedeutete ja, daß es viele Nischen gab, die aber zunächst untereinander nicht verbunden waren. Vielfach waren diese Nischen selbstgewählte Refugien von Personen, die ungestört vom offiziellen oder offi-

ziösen Leben des SED-Staates ihren Lebensstil oder ihre Überzeugungen bewahren wollten. Der Staat griff so lange nicht ein, als sie keine Gefahr darstellten und ihre Unterdrückung nachteilige Folgen für sein internationales Renommee, für die politische Stabilität oder für die Effizienz wirtschaftlicher Abläufe gehabt hätte, versuchte aber in vielen Fällen, sie durch Infiltration unter Kontrolle zu bringen oder von innen her zu blockieren.

Bestimmte Ereignisse und Erlebnisse können ganze Generationen prägen. Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in die Tschechoslowakei und das dadurch herbeigeführte Ende des „Prager Frühlings“ gehörten ebenso dazu wie die über Jahre sich hinziehende parteioffizielle Ächtung des Physikers und Philosophen Robert Havemann. Die mit Parteiausschluß, beruflichen und anderen Schwierigkeiten verbundenen Proteste gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns im Jahre 1976 lösten unter Intellektuellen eine erste zaghafte Solidarisierung mit dem Opfer der Willkür und damit eine breitere Frontstellung gegen die SED-Diktatur aus. Die Schlußakte der KSZE in Helsinki ermutigte Personen zu aktiver Teilnahme am politischen Leben. Wichtige Impulse gaben seit den frühen 1980er Jahren die *Solidarnosc* in Polen und später die von Gorbatschow getragene Perestroika-Politik in der Sowjetunion.

Bereits zu Beginn der achtziger Jahre können wir erste Mobilisierungsformen von Oppositionsbewegungen erkennen. Auch im Westen beachtet wurden Aktionen, mit denen unter dem Bibelwort „Schwerter zu Pflugscharen“ gegen die Aufrüstung in West *und* Ost protestiert wurde. Gruppierungen mit wechselnden Akteuren und Mitgliedern widmeten sich auch anderen Problembereichen: Umwelt, Frauenfragen, sozialen Randgruppen, künstlerischen und literarischen Themen. Sehr rasch stießen diese Gruppierungen auf die Reformdefizite der DDR und auf die strukturelle Lernunfähigkeit des Systems und wurden dadurch mit der Frage nach den Bürgerrechten konfrontiert. Die oppositionellen Kreise bestanden teilweise aus kirchlichen bzw. kirchennahen Personen, aber nicht ausschließlich. Einige Frauengruppen definierten sich ausdrücklich als nicht-kirchlich, pflegten jedoch enge Kontakte zu den Kirchenleitungen. Das ökologische Netzwerk „Die Arche“ arbeitete in etwa fünfzehn Städten der DDR und registrierte die zunehmenden Umweltzerstörungen, die von der SED-Führung geleugnet oder heruntergespielt wurden, ohne daß eine institutionelle Bindung an die Kirche bestanden hätte. Auch die 1985 von Gerd Poppe, Wolfgang Templin, Bärbel Bohley und anderen gegründete „Initiative Frieden und Menschenrechte“ war gleichfalls eine dieser nicht-kirchlichen Bewegungen, wogegen Bürgerrechtsinitiativen aus Jena wiederum in starkem Maße von evangelischen Christen geprägt waren.

Auch auf anderen sozialen Ebenen machte sich in den späten 1980er Jahren

eine verbreitete Oppositionshaltung gegen das SED-Regime bemerkbar. Am 7. Juni 1987 kam es in der Nähe des Brandenburger Tores zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Volkspolizei und Jugendlichen, die ein westlich der Mauer beim Reichstagsgebäude abgehaltenes Rock-Konzert verfolgen wollten. Zwei Tage später forderten Unter den Linden etwa 3000 Demonstranten Freiheit und den Abriß der Mauer und skandierten den Namen „Gorbatschow“. Die Verhaftung von Sympathisanten aus dem Umkreis der Berliner Zionskirche und ihre Abschiebung in den Westen sowie die Beschlagnahmung der im Gemeindehaus untergebrachten Umweltbibliothek durch die Polizei verbreiteten das Protestpotential.

Ein einschneidendes Ereignis in dieser Entwicklung waren im Januar 1988 die Demonstrationen zum 69. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Staatssicherheit verhaftete etwa 120 Personen, die sich der SED-offiziellen Demonstration angeschlossen und dabei eigene Spruchbänder (u.a. mit dem Luxemburg-Zitat „Freiheit ist auch immer die Freiheit des Andersdenkenden“) gezeigt hatten. Kurz darauf wurden Persönlichkeiten, die in diesem Zusammenhang hervorgetreten waren, verhaftet. Sie ließen sich unter Druck in den Westen abschieben: Freya Klier, der Liedermacher Stephan Krawczyk und die Malerin Bärbel Bohley. Die sich häufenden Hungerstreiks, Mahnwachen, Friedensgebete und Gottesdienste, Demonstrationen, Schweigemärsche und andere, zunehmend spontane Protestformen trugen dazu bei, dem systemkritischen und oppositionellen Denken so etwas wie eine Massenbasis zu verschaffen. Die Unterdrückung der als zu kritisch empfundenen deutschsprachigen sowjetischen (!) Zeitschrift *Sputnik* im Herbst 1988 reflektierte die Empfindlichkeit und gleichzeitig das lernpathologische Reaktionsvermögen des Staates gegenüber dieser Entwicklung. Dies zeigte sich auch in der Fälschung der Kommunalwahl im Mai desselben Jahres, die - anders als bei früheren Wahlen - in der Öffentlichkeit auf massive Kritik stieß und den oppositionellen Strömungen eine breite Resonanz verschaffte.

Auch die Sozialdemokratie ging zu starken Teilen aus Initiativen der achtziger Jahre hervor: Friedens-, Umwelt- und Frauengruppen, evangelische Studentengemeinden, Künstler- und Literatenzirkel, Zusammenschlüsse benachteiligter oder offiziell nicht zur Kenntnis genommener Randgruppen, vielfach unter dem Dach der Kirche zusammengefaßt, bildeten die personelle Basis derer, die dem Gründungsaufwurf folgten. Arbeiter als klassischer Mitgliederstamm der früheren Partei waren an der Vorbereitung, am Gründungsakt sowie am anschließenden Aufbau der Sozialdemokratie in der DDR kaum beteiligt. Es fällt auf, daß viele Teilnehmer der Gründungsversammlung einen milieuspezifischen kirchlichen Hintergrund hatten. Einige waren Pfarrer, andere stammten aus Pfarr-

häusern, wieder andere hatten der Jungen Gemeinde oder der Evangelischen Studentengemeinde angehört. In einigen wenigen Fällen nahmen Künstlerzonen oder Umweltgruppen die Stellung des kirchlichen Milieus ein. Der gemeinsame Hintergrund der meisten bestand also aus einem Umfeld, das es Personen erlaubte, sich weitgehend ohne Staatsgläubigkeit und ideologische Zwänge ein kritisches Weltbild zu entwickeln. Dies bot ihnen die Möglichkeit, in einem zwar nicht staatsfreien, wohl aber nicht gleichgeschalteten Raum Selbstvertrauen zu entwickeln, das für eigenständiges Denken Voraussetzung ist. Einen solchen Freiraum bildete auch das Sprachenkonvikt in Berlin, eine Keimzelle intellektueller oppositioneller Strömungen und 1989 eine der Wiegen der neu gegründeten Sozialdemokratie, auf das in dem Beitrag von Wolfgang Herzberg bereits eingegangen wurde.

Die Vorbereitung der Parteigründung

Die Anfänge der Vorbereitungen gehen auf den Beginn des Jahres 1989 zurück. Im Zeitraum zwischen Februar und April 1989 verfaßten die beiden Theologen Martin Gutzeit und Markus Meckel den ersten Entwurf für eine „Initiative zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei“. Dieses Papier enthielt gegenüber den Forderungen und Konzeptionen anderer oppositioneller Gruppierungen mit ihren fluktuierenden Strukturen und ihren unverbindlichen Programmen etwas qualitativ Neues. Andere Initiativgruppen hatten als gemeinsame Basis die unscharfe Forderung, daß sich im Staate „etwas ändern“ sollte. Was sich ändern sollte, in welcher Form und mit welchen Mitteln, blieb dabei unscharf oder beschränkte sich auf einzelne Problembereiche. Vor allem umgingen ihre Forderungen die fundamentale Frage der Legitimität von Macht. So ließen sich manche Reformideen einiger Bürgerrechtsbewegungen durchaus mit dem Machtmonopol der SED vereinbaren, wogegen eine Partei, die sich außerhalb der von der SED beherrschten Blockparteien bildete, eben dieses Herrschaftssystem in Frage stellte.

Eine Partei hat das Mandat ihrer Mitglieder und ihrer Wähler, wogegen andere Gruppierungen in ihrer wenig strukturierten, programmatisch nach vielen Seiten hin offenen Form leicht dazu neigen, sich bzw. ihre Basis für „das Volk“ zu halten. Eine Partei definiert sich als Teil vom Ganzen. Ihr Selbstverständnis ist darin ein engeres, indem sie nur für ihre Mitglieder und Wähler zu sprechen beansprucht, damit aber den Absolutheitsanspruch einer Staatspartei in Abrede stellt. Warum aber eine sozialdemokratische Partei? Gewiß bildeten die Begriffe *sozial*, *demokratisch* und - als neues Moment - *ökologisch* in den Über-

legungen der meisten späteren Gründer zentrale Ansätze. Aber neue Kunstnamen wie „Ökologisch-Soziale Partei“ oder ähnliches, die leicht den Eindruck wohlmeinenden Sektierertums erwecken, wurden verworfen.

Der Rückgriff auf den Begriff *Sozialdemokratie* bezweckte einen direkten Affront gegen die SED. Bekanntlich berief sich die SED seit der durch Zwang oder Täuschung herbeigeführten Vereinigung von KPD und SPD 1946 auf das Erbe der Sozialdemokratie bzw. auf diejenigen Teile daraus, die ihr genehm waren. Eine neue Sozialdemokratische Partei stellte genau dieses Selbstverständnis der SED in Frage. Überdies bedeutete der Name zugleich das Bekenntnis zu einer europäischen politischen Tradition, mit der auch die Erwartung eines solidarischen Schutzes für den Fall kommunistischer Repression verbunden wurde.

Im Juli 1989 standen für Gutzeit und Meckel die Pläne zum weiteren Vorgehen fest. Zunächst war eine vorbereitende Initiativgruppe vorgesehen, die die eigentliche Gründung vorbereiten sollte. Am Wochenende des 25./26. August fand im Gemeindesaal der Golgatha-Kirche in Berlin-Mitte ein von dem in dieser Gemeinde aktiven Arbeitskreis „Theologie und Philosophie“ veranstaltetes Seminar zum Thema „Die Französische Revolution und die Menschenrechte“ statt, an dem etwa 400 Personen teilnahmen. Während dieser Veranstaltung schloß sich Ibrahim Böhme dem Gründerkreis an, nachdem er sich zur Mitarbeit bereit erklärt und den von Meckel, Gutzeit und vom Greifswalder Studentenpfarrer Arndt Noack vorgelegten Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei mitunterzeichnet hatte. Obwohl die quantitative Resonanz auf diesen Aufruf geringer war, als die Initiatoren gehofft hatten, brachte er die Bewegung ins Rollen.

Es würde den Rahmen dieses Essays überschreiten, „Kontaktgenealogien“ darüber zu erstellen, wer wen wann und in welchem Zusammenhang kontaktierte und informierte. Dies läßt sich teilweise den Interviews entnehmen. Wichtiger ist die Tatsache, daß die Initiatoren Gutzeit und Meckel trotz der anfänglichen Ablehnung von seiten einiger Personen, von denen die meisten später in einer der neuentstehenden Bürgerbewegungen eine Rolle spielten, einige Mitwisser und Mitarbeiter für ihre Pläne gewinnen konnten. Teilweise stießen sie dabei auf Personen, die von sich aus schon ähnliche Gedanken und Pläne entwickelt hatten. Steffen Reiche, Pfarrer einer Gemeinde unweit Potsdam, hatte anlässlich einer Westreise im Januar 1989 in Köln das dortige Büro des SPD-Unterbezirks aufgesucht und sich Statuten, Programm und weitere Materialien besorgt. Im

2 Vgl. Dokumente I und II im Anhang.

Sommer 1989 schrieb er einen Aufsatz „Notwendigkeit und Möglichkeit sozialdemokratischer Politik in der DDR“ und hielt darüber sogar in der Friedrichskirche von Babelsberg einen Vortrag. Als er dann im September zu Gutzeit und Meckel stieß, hatte sich bereits eine Gruppierung gebildet, die seinen politischen Vorstellungen weitgehend entsprach.

Es bestand bei den Initiatoren Einigkeit darüber, daß es sich bei der geplanten Parteigründung um eine *Neugründung*, nicht um eine Wiederbelebung der alten Sozialdemokratie handelte. Es hatte nämlich Diskussionen gegeben über einen möglichen verfahrenstechnischen Trick, mit dem Repressionen von Seiten des SED-Staates hätte begegnet werden können. Bekanntlich existierte bis August 1961 in Ost-Berlin ein legaler und aufgrund des Viermächte-Status der Stadt vom SED-Regime geduldeter Ableger des SPD-Landesverbandes Berlin, wogegen im Umland die SPD schon 1946 durch Zwang oder Täuschung mit der KPD zur SED vereinigt worden war. Erst nach dem Mauerbau 1961 hatte sich der Ost-Berliner Ableger aufgelöst, ohne jemals verboten worden zu sein. Man glaubte, daß Maßnahmen gegen die niemals illegalisierte Parteiformation durch das SED-Regime auf rechtliche und psychologische Hemmschwellen stoßen würde. Dieser Weg wurde aber rasch wieder verworfen. Äußerungen von seiten des West-Berliner SPD-Landesverbandes hatten den Eindruck entstehen lassen, daß man dort auf wenig Verständnis stoßen, vielleicht sogar der neu gegründeten Partei die Bezeichnung *sozialdemokratisch* streitig machen würde. Zudem wollte man sich nicht durch Statuten und Rücksichtnahmen auf politische Großwetterlagen und auf Weisungen aus West-Berlin oder gar Bonn einengen lassen.

Inzwischen veränderte sich auch das innenpolitische Panorama der DDR. Am 9. September 1989 konstituierte sich in Grünheide im Hause des verstorbenen Philosophen und Physik-Professors Robert Havemann eine neue Bürgerbewegung, die nicht unter dem schützenden Dach der Kirche agierte - das „Neue Forum“. Initiatoren waren unter anderem die Malerin Bärbel Bohley, die schon an der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ beteiligt gewesen war, Katja Havemann, die Witwe des Philosophen, und Jens Reich. Drei Tage später, am 12. September, konstituierte sich unter maßgeblicher Mitwirkung von Ulrike und Gerd Poppe und Konrad Weiß die Bewegung „Demokratie Jetzt“. Diese Bewegungen schlossen sich später, am 7. Februar 1990 zum „Bündnis 90“ zusammen. - Am 1. Oktober wollte sich der de facto schon existierende „Demokratische Aufbruch“, der sich später der CDU anschloß, konstituieren, was aber durch die Staatssicherheit behindert wurde.

Gleichzeitig warf das dramatische Anwachsen des Flüchtlingsstroms, der sich über Ungarn in den Westen bewegte und in der Besetzung der bundesdeutschen

Botschaft in Prag kulminierte, die ursprünglichen Pläne Meckels und Gutzeits um. Die zunächst vorgesehene „Initiativgruppe zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei“, aus der dann nach einigen Monaten eine Partei hervorgehen sollte, war durch die Ereignisse überholt worden. Jetzt mußte trotz der unzureichenden organisatorischen und personellen Vorbereitungen die eigentliche Parteigründung vorgezogen werden.

Die Pläne waren durch die Möglichkeiten eines Eingreifens der Staatssicherheit, etwa durch die Verhaftung der vier Initiatoren - Martin Gutzeit, Markus Meckel, Arndt Noack und Ibrahim Böhme - gefährdet. Für diesen Fall wurde dadurch Vorsorge getroffen, daß sie weitere Persönlichkeiten (Angelika Barbe, Studentenpfarrer Dankward Brinksmaier, Studentenpfarrer Dr. Konrad Elmer, Studentenpfarrer Rainer Hartmann, Pfarrer Jochen Goertz, Diakon Rainer Rühle, Pfarrer Steffen Reiche) in die Pläne und Konzeptionen einweihte, so daß mit dem Ausfall der Vierergruppe die Parteigründung dennoch hätte vollzogen werden können. Das Mißtrauen war begründet: Die Staatssicherheit hatte am 1. Oktober die formelle Gründung des „Demokratischen Aufbruchs“ dadurch blockieren wollen, daß sie die Häuser einiger Teilnehmer, darunter das von Markus Meckel, umstellte, so daß er nur durch das Fenster entweichen und sich nach Berlin begeben konnte. Einige der Initiatoren übernachteten aus diesen Gründen auswärts und ließen sich an ihrem Wohnort nicht blicken. Für den Fall staatlichen Eingreifens vor dem zu dieser Zeit bereits feststehenden Gründungstermin am 7. Oktober 1989 - das zeitliche Zusammenfallen mit dem 40. Jahrestag der DDR-Gründung war eher zufälliger Natur - wurde in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober eine erste Gründungsurkunde von elf Anwesenden³ unterzeichnet und bei unbeteiligten Vertrauenspersonen mit der Auflage deponiert, sie notfalls an die westlichen Medien weiterzuleiten. Eine Verhaftung der Gründer hätte die Partei nicht mehr verhindert - sie war bereits gegründet worden.

Die kommende Woche war mit inhaltlichen und logistischen Vorbereitungen ausgefüllt. Entwürfe zu Statuten waren schon ausgearbeitet worden. Aber es mußten Presseerklärungen, Briefe an den SPD-Vorstand in Bonn sowie an die Sozialistische Internationale, eine Geschäftsordnung für die Sitzungen, Listen mit Kontaktadressen vorbereitet und Fragen der Protokollführung, der Vorstandswahlen sowie technische Probleme gelöst werden.

Für die Gründung standen mehrere Orte zur Debatte. Das Sprachenkonvikt wurde schon frühzeitig verworfen, da man die Partei nicht in Berlin gründen

3 Angelika Barbe, Ibrahim Böhme, Dankward Brinksmaier, Konrad Elmer, Jochen Goertz, Martin Gutzeit, Gotthard Lemke, Markus Meckel, Arndt Noack und Steffen Reiche.

und die Hochschule nicht in Schwierigkeiten bringen wollte. Das Gemeindehaus von Christinendorf bei Potsdam schied aus, weil Pfarrer Steffen Reiche durch seine Aktivitäten schon zu stark in die Öffentlichkeit getreten und sein Haus eher ein Sicherheitsrisiko gebildet hätte. Schließlich fiel die Wahl auf das Gemeindehaus von Schwante bei Oranienburg. Diese Fragen wurden naturgemäß streng konspirativ behandelt; daß alle Vorsichtsmaßnahmen infolge der Anwesenheit Ibrahim Böhmes nutzlos wäre, konnte damals noch nicht übersehen werden. Als die Entscheidung über den Ort gefallen war, wurde der Name Schwante mit Rücksicht auf mögliche Abhöranlagen der Staatssicherheit auf einen Zettel geschrieben oder mit dem Finger auf der Landkarte gezeigt. Den Weg dorthin und die Verkehrsmöglichkeiten mußte jeder für sich regeln.

Die Gründung der SDP in Schwante

Bereits am frühen Sonnabendmorgen des 7. Oktober kamen die ersten Teilnehmer angereist. Einige waren auf der Anreise durch Kontrollen behindert worden. Konrad Elmer und Sabine Leger hatten den sie begleitenden *Lada* nur durch einen Trick abhängen können, wobei sie Thomas Krüger gewissermaßen als Pfand im Wagen zurückließen; er wurde später von Sabine Leger abgeholt und gelangte mit großer Verspätung nach Schwante. Als die Sitzung begann, hatten sich im kleinen Gemeindesaal der Dorfkirche zwischen 40 und 50 Personen versammelt. Eine genaue Zahlenangabe ist deswegen nicht möglich, weil nicht alle den ganzen Tag über dabei blieben oder sich nicht in die Anwesenheitsliste eintrugen. Auf einer der Gründungsurkunden⁴ befinden sich 38 Unterschriften. Einige Teilnehmer unterzeichneten nicht - aus Angst oder weil sie sich Bedenkzeit ausbaten oder nicht allen Punkten zustimmen wollten. Die Zusammensetzung der Gründer war durchaus zufällig. Nicht alle, die an den Vorbereitungen beteiligt gewesen waren, konnten rechtzeitig informiert werden. Einige waren verhindert. Zwar bildeten die Initiatoren vom August bzw. vom September den Kern der Versammlung, aber es waren auch manche vollkommen unbekannte Personen hinzugestoßen, die durch eher zufällige Kontakte von der geplanten Gründung erfahren hatten. Einige sprangen später wieder von der Partei ab, da sie mit anderen Erwartungen angereist waren. Insgesamt dominierten Vertreter aus dem Raum Berlin, jedoch waren auch Interessenten aus Schwerin,

⁴ Vgl. Dokument III im Anhang.

Stralsund, Greifswald und Neubrandenburg im Norden und Dresden, Greiz und Jena im Süden angereist.

Die Sitzung begann um 10 Uhr und wurde von Konrad Elmer, der die Geschäftsordnung vorbereitet hatte, geleitet. Es sollte an dieser Stelle daran erinnert werden, daß kein einziger Teilnehmer über politische Erfahrungen verfügte. Hier waren die Pfarrer im Vorteil, weil sie von der Praxis der Synoden her mit demokratischen Abstimmungen, Rede und Gegenrede, Geschäftsordnungen und formalen Verfahrensfragen vertraut waren. Es begann mit einer programmatischen Ansprache Markus Meckels. Eine Diskussion war nicht vorgesehen, da sie in der vorgesehen knappen Zeit nicht durchführbar gewesen wäre und möglicherweise den eigentlichen Gründungsakt behindert hätte. Dagegen gab es eine knappe Aussprache über die Statuten. Bevor diese jedoch in die Details ging, unterbrach Meckel die Sitzung mit der Ankündigung, daß jeden Augenblick die Staatssicherheit eingreifen könne und man daher die Gründung rasch vollziehen müsse; alles andere könne man später einmal beschließen. So wurden manche Fragen ausgeklammert und nur als unverbindliche Empfehlung angenommen.

Dennoch wurden einige grundlegende Beschlüsse zu den Statuten gefaßt. Zunächst wurde der Charakter der neuen Partei bestimmt: sie sollte eine *Volkspartei* sein und demnach die auch im Westen üblichen Organisationsformen annehmen. Diese wichtige Entscheidung für eine Partei und gegen die Struktur einer Bürgerbewegung wurde nicht von allen Teilnehmern in vollem Maße nachvollzogen; in einigen in der Folgezeit gegründeten lokalen Ablegern der Partei setzte sich der Parteicharakter gegenüber den Vorstellungen von einer sozialdemokratischen Bürgerbewegung erst allmählich durch. Die von Elmer angestrebten räte- und basisdemokratischen Vorstellungen blieben auf der Strecke. Die zunächst vorgesehene Quotierung für Frauen wurde vor allem von den anwesenden acht Frauen blockiert, da sie hierzu eine eingehendere Diskussion verlangten. Diese Frage wurde erst auf dem Parteitag in Leipzig im Februar 1990 durch eine 30prozentige Frauenquote geregelt. Unstrittig waren Hinweise auf Umweltfragen und Drittweltprobleme. Der Name der Partei *Sozialdemokratische Partei der DDR* (SDP) deutete gleichermaßen den Bezug zur politischen Tradition und zugleich die Eigenständigkeit gegenüber der SPD im Westen an. Die Stellung der beiden Parteien zueinander wurde offen gelassen.

Zwei Fragen wurden später von einigen Teilnehmern unterschiedlich gedeutet: die künftige Wirtschaftsform und die deutsche Frage. Um die Unklarheit in zwei derart grundsätzlichen Problemen zu erklären, muß der politische Horizont zum damaligen Zeitpunkt in Rechnung gestellt werden. Die meisten Teilnehmer gingen zunächst von einem Fortbestand der DDR innerhalb des noch

vorhandenen sozialistischen Wirtschaftsblocks aus. Der desolate Zustand der DDR-Wirtschaft war noch nicht für alle deutlich genug erkennbar, und der osteuropäische Markt, für den die DDR bislang in starkem Maße produziert hatte, noch nicht zusammengebrochen. Daher gingen manche Vorstellungen trotz des unstrittigen Bekenntnisses zur Marktwirtschaft von Übergangsphasen einer gemischten Wirtschaft aus. Vorstellungen von der Erhaltung eines (reform-)sozialistischen Modells waren eher Ausnahmen. Stärker drehten sich die Ideen um grundsätzliche politische Fragen, etwa wie wirtschaftliche Macht und demokratische Entscheidungen miteinander in Einklang gebracht werden könnten. Eine Fortschreibung des alten planwirtschaftlichen Sozialismus als Ziel war daraus nicht abzuleiten.

Unklarheit bestand auch in der Frage der deutschen Einheit. Allen Teilnehmern war klar, daß mit der erkennbaren „Wende“ die Grenze mitten durch Deutschland einen anderen Charakter erhalten würde. Aber konkrete Vorstellungen wurden mit Blick auf internationale Reaktionen auf jede Änderung in Deutschland nicht entwickelt. In ihrem Aufruf hatten die Gründer die *Anerkennung* der deutschen Teilung als Folge der schuldhaften Geschichte Deutschlands gefordert, wobei Anerkennung soviel wie Feststellung der Fakten bedeutete, nicht Fortschreibung. Auf Intervention Arndt Noacks war der Zusatz eingefügt worden: „Mögliche Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung sollen damit nicht ausgeschlossen sein“. Auf seiner programmatischen Ansprache in Schwante fügte Meckel noch den Halbsatz hinzu: „...doch können sie jetzt nicht handlungsorientierte politische Ziele sein“. Begründet wurde die Möglichkeit einer Option für die deutsche Einheit mit einem Argument, dem man die starke Präsenz von Theologen anmerkt: Die deutsche Teilung als Strafe für die Verbrechen des Dritten Reiches, die man infolge von Versöhnung und Vergebung wieder aufheben könne.

Damit ist klar, daß die Wiedervereinigung Deutschlands kein ausdrücklicher Programmpunkt der Parteigründer war. Andererseits läßt sich daraus auch nicht ableiten, daß sie der DDR einen besonderen Eigenwert zuerkennen hätten, den es um jeden Preis zu erhalten galt. Der ostdeutsche Staat war der vorgegebene Rahmen, in dem man den vorläufigen politischen Handlungsspielraum zu erkennen glaubte. Einen demokratisch gewandelten DDR-Patriotismus oder ein ostdeutsches Sonderbewußtsein kann man aus den angeführten Zitaten nicht ableiten.

Die Formulierung mit den „künftigen Optionen“ wurde dann auch in den folgenden Wochen nach der Parteigründung, vor allem nach Öffnung der Mauer, in der Öffentlichkeit des öfteren mißverstanden, so daß im Vorstand vor allem Steffen Reiche und Konrad Elmer auf ein deutlicheres Bekenntnis zur deutschen

Einheit drängten.⁵ - Ein eher taktisches Motiv, das vielleicht nachträglich vermutet werden könnte, spielte in Schwante offensichtlich keine Rolle, nämlich das durch ein Abschreckungsmoment hergestellte Tabu: Jedes Eintreten für die deutsche Einheit hätte damals den klaren Tatbestand des Hoch- und Landesverrats erfüllt. Die Interviews mit den meisten Gründern lassen nicht erkennen, daß sie sich hiervon hätten abschrecken lassen. Es gab natürlich Teilnehmer, die einen reformsozialistischen Standpunkt vertraten und sich für den Fortbestand der DDR als Separatstaat einsetzten.

Nachdem die Gründungsurkunde unterzeichnet worden war, wurde Steffen Reiche nach Berlin geschickt, um das Dokument, eine Video-Aufzeichnung über den Gründungsakt, Briefe an die SPD in Bonn und an die Sozialistische Internationale sowie Presseerklärungen einem Korrespondenten der *Süddeutschen Zeitung* zu übergeben. Dieser schmuggelte die Materialien nach West-Berlin und informierte sofort die Presseagenturen. In den 17-Uhr-Nachrichten des RIAS wurde bereits über die vollzogene Gründung der SDP berichtet. Als Reiche zurückgekehrt war, erfuhr er, daß man ihn in Abwesenheit in den 15köpfigen Vorstand gewählt hatte. Elmer hatte das Leitungsgremium ursprünglich „provisorischer Landesparteirat“ nennen wollen, um damit stärker basisdemokratische Intentionen auszudrücken, jedoch hatte sich Meckel mit dem Begriff „Vorstand“ durchgesetzt. Der für das Amt des Sprechers vorgeschlagene Ibrahim Böhme lehnte die Kandidatur ab, wogegen Meckel für dieses Amt Interesse zeigte. Andererseits wollte man angesichts der starken Präsenz von Theologen keinen weiteren Kirchenvertreter an der Spitze haben. Gewählt wurde Stephan Hilsberg, der als Pfarrerssohn zwar auch einen christlichen Hintergrund hatte, aber selbst kein Pfarrer war. Zweite Sprecher wurden Angelika Barbe und Markus Meckel. Ibrahim Böhme wurde Geschäftsführer, Gerd Döhling Schatzmeister der Partei. Am Abend des 7. Oktober - in Berlin hatten gerade Demonstrationen das heile DDR-Bild, das Honecker seinem Gast Gorbatschow hatte vorzeigen wollen, nachhaltig gestört - trat der neugewählte Vorstand zu seiner ersten, konstituierenden Sitzung zusammen.

Die Staatssicherheit als Mitwisser der Gründung?

Die etwa ein halbes Jahr später vollzogene Enttarnung der Doppelrolle, die Ibrahim Böhme als Vertreter oppositioneller Bürgerbewegungen sowie als Mitbe-

⁵ Siehe Neugebauer/Niedbalski, Dok. 6.

gründer der SDP einerseits und als „informeller Mitarbeiter“ der Staatssicherheit andererseits gespielt hatte, wurde rasch von der Presse aufgegriffen. Die Gründungsgeschichte würde als ein von der Stasi lancierter oder ferngelenkter Akt gedeutet und dadurch propagandistisch belastet und entwertet. Dies geschah teilweise mit Blick auf die ehemaligen Blockparteien und ihre Verquickung in das alte System, wovon auf diese Weise abgelenkt werden sollte.

Unbestritten ist, daß die Staatssicherheit durch Böhme und andere von Anfang an über die Vorgänge in den Bürgerbewegungen und relativ früh über die Vorbereitungen zur Gründung der SDP informiert war. Bereits im Februar 1984 wurde Böhme auf Markus Meckel, Martin Gutzeit und andere angesetzt. Mindestens seit 1985 berichtete er unter dem Namen „Maximilian“ über die „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Diese Tatsache konfrontiert uns mit einer schillernden Persönlichkeit, der das Doppelspiel offensichtlich einige Befriedigung vermittelte. Als Waisenkind in Kinderheimen aufgewachsen, mit einer vielfach beschädigten Kindheit kommunistisch erzogen, dabei hoch begabt, wurde Böhme in den siebziger Jahren nach Konflikten mit der SED aus der Partei ausgeschlossen. Er spielte als Leitfigur eine gewisse Rolle in alternativen Szenen, so im thüringischen Greiz, in Neubrandenburg und später in Berlin. Er tauchte überall unerwartet auf, war aber niemals greifbar und hielt selten vereinbarte Termine ein. Er besaß die Gabe, aus dem Stegreif interessante und gewandt formulierte Redebeiträge zu leisten, kannte die Geschichte der DDR, der SED-Parteitage und ihrer Beschlüsse ebenso wie die der KPdSU oder der russischen Geschichte und Literatur. Er verstand es, auf Menschen zuzugehen und jeder angesprochenen Person den Eindruck seiner besonderen Wertschätzung und seines Verständnisses oder Mitgefühls zu geben. Seine Ausstrahlung wird noch heute in den Berichten mancher, die ihn gekannt haben, spürbar.

Daher stellt sich die Frage, welche konkreten Beiträge Böhme zur Gründungsgeschichte der SDP geliefert hat. Die konzeptionelle Arbeit und die Initiativen zu ihrer Verwirklichung gingen im wesentlichen von Gutzeit und Meckel und den von ihnen angesprochenen Personen aus. Einige Anstöße kamen von Konrad Elmer. Von Gutzeit, Elmer, Hilse, Rainer Rühle und anderen waren Statuten bzw. Geschäftsordnung entwickelt worden. Andere hatten wichtige logistische und organisatorische Aufgaben übernommen. Ort und Zeit der Gründung waren nicht von Böhme festgelegt worden. Insgesamt bleibt der Eindruck, daß seine etwas unstete, dabei durchaus wichtige Präsenz als Irrwisch das einzige bleibt, was als sein Beitrag zur Gründung der SDP in Schwante angesehen werden kann. Von einer Lenkung der Staatssicherheit durch die Person Böhmes kann keine Rede sein.

Andererseits war mit seiner Person auch die Stasi als allwissende Macht an-

wesend. Dokumente lassen erkennen, daß noch andere Mitarbeiter der „Firma“ auf die SDP angesetzt waren, ohne daß sie bis jetzt enttarnt werden konnten. Auf jeden Fall war die Staatssicherheit zumindest über einen Teil der Planungen informiert. Die Gründer waren sich seit Beginn ihrer Aktivitäten in Friedensseminaren und Oppositionsgruppen über die Stasi-Präsenz im klaren. Man rechnete mit ihr und bemühte sich daher erst gar nicht um ihre Enttarnung. Dies hätte allenfalls Mißtrauen gesät und jede Vertrauensbasis untergraben. Es war auch bekannt, daß die Staatssicherheit ganz bewußt Gruppenarbeit mit dem Gerücht über eine Stasi-Mitgliedschaft einzelner Teilnehmer zu unterminieren suchte. Viele Aktivitäten, die in die Gründung der SDP einmündeten, vollzogen sich offen und ohne jeden konspirativen Charakter. Nur dort, wo grundsätzliche konzeptionelle oder organisatorische Entscheidungen anstanden, mußten die Gründer einer sabotierenden Hinhaltenaktik zur Ver- oder Behinderung von weiteren Aktionen entgegenzutreten - mitunter durch autoritäre Beschlüsse.

In Schwante selbst war die „Firma“ nicht nur über die Person Böhmes anwesend. Joachim Kähler, damals Pfarrer von Schwante und somit „Gastgeber“ der Gründungsversammlung, erinnert sich, daß zwei Tage vorher die Dorfbibliothek geschlossen wurde, weil sich dort fremde Männer einquartierten und wahrscheinlich zweckdienliche Vorbereitungen trafen.

Hier stellt sich die Frage, warum die Staatssicherheit nicht eingriff, wie sie es in anderen Fällen getan hatte. Hierfür bieten sich mehrere Erklärungen an, die sich deutlich in zwei Motivgruppen einteilen lassen. Die eine geht von einem taktischen Kalkül der Staatsmacht aus: Entweder war die Staatssicherheit derart fixiert auf die Ausreisewelle und auf die Straßendemonstrationen, daß sie der Gründerversammlung von drei oder vier Dutzend Personen im Pfarrhaus eines märkischen Dorfes keine Bedeutung beimaß. Oder man wollte die Gründung dulden und die Partei an langer Leine laufen lassen, bis sie sich zu einer aktionsreifen Größe entwickelt hätte, um sie dann auszuheben. Es ist auch möglich, daß die Stasi aus Gründen des „Quellenschutzes“ sich selbst blockierte, indem sie nicht durch Maßnahmen ihre informellen Mitarbeiter unter den Gründern der Enttarnung preisgeben wollte.

Vielleicht wollte man auch nicht die Festlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung in der internationalen Öffentlichkeit durch gewaltsame Aktionen belasten, so daß man mögliche Unterdrückungsmaßnahmen auf eine spätere Zeit verschob. Möglicherweise zielte man auch darauf ab, die neue Partei zwar zu dulden, da ein Verbot ihr zusätzliche Aufmerksamkeit und weiteren Zulauf eingebracht hätte, und sie langfristig durch Unterwanderung in ihren Entscheidungen zu blockieren und öffentlich bloßzustellen.

Ausscheiden darf man wohl eine andere Motivgruppe, die um die bereits in

in Gang befindliche rapide Erosion des SED-Staates kreist. Zweifellos war die Staatssicherheit kein monolithischer Block. Es gab innerhalb dieses riesigen Apparates durchaus informelle und verdeckte Fraktionen, von denen manche vielleicht mit einer begrenzten Reform sympathisiert haben mögen. Angesichts der unübersehbaren Veränderungen in den „sozialistischen Bruderländern“ und vor allem in der Sowjetunion, die ja bislang die Garantiemacht der alten Ordnung gewesen war, mögen einige mit der politischen Realität stärker konfrontierte Funktionäre der Staatssicherheit die Unvermeidbarkeit und Unabänderlichkeit einer politischen Umwälzung eingesehen haben. Die einschlägigen Materialien stützen indessen diese Hypothese nicht. Bekannt sind aus den Stasi-Akten Befehle von höchster Stelle, d.h. von Mielkes Stellvertreter, die Gründung der SDP zu verhindern oder zu blockieren oder zu beobachten. Mit anderen Worten, die „Firma“ erhielt von der MfS-Leitung mehrere nicht eindeutig festgelegte Befehlsoptionen, was darauf hinweist, daß die Spitze selbst nicht genau wußte, wie sie vorgehen sollte. Hier werden wir erst künftigen Forschungen die endgültige Antwort überlassen müssen.

Der Aufbau der Partei

Bereits in der folgenden Woche setzte der landesweite Aufbau der Partei ein. Von Anfang an stand fest, daß die Partei keinen offiziellen Antrag auf Zulassung stellen werde, zumal es gar kein Parteiengesetz gab, nach dem dies hätte durchgeführt werden können. Auch hätte man damit dem SED-Staat die Möglichkeit gegeben, die Partei durch langfristige Verzögerungen in Unsicherheit zu versetzen und ihr schließlich den legalen Status zu verweigern. Entscheidend waren jedoch grundsätzliche Erwägungen, nach denen die SDP dem SED-Staat das Recht bestritt, über die Legitimität einer demokratischen Partei zu befinden. Noch in Schwante waren Listen mit Kontaktadressen zusammengestellt worden. Sie wurden vervielfältigt und herumgereicht, in Pfarrhäusern, Kneipen und anderswo ausgelegt. Die darin aufgeführten Kontaktpersonen erhielten darauf zahlreiche Anrufe und Briefe von Interessenten. Die geographischen Schwerpunkte lagen im Raum Berlin, jedoch dehnte sich die Entwicklung rasch auf das Land aus. Im Zeitraum Oktober/November 1989 bildeten sich in fast allen größeren Städten, dazu in kleineren Ortschaften, im November/Dezember auch auf der Ebene der alten DDR-Bezirke Parteiverbände. Vielfach dienten auch in dieser Phase Kirchengemeinden und Pfarrhäuser als erste Kontaktadressen und stellten die Versammlungsräume zur Verfügung.

Aufgrund der schwierigen Startbedingungen behielt die SDP (und später um-

benannte DDR-SPD) bis zu ihrer Vereinigung mit der westlichen Partei eine kopflastige Struktur: ein Vorstand mit einer Anzahl engagierter, aber vielfach überforderter ehrenamtlicher Mitarbeiter und einer vergleichsweise geringen Mitgliederzahl. Wegen der improvisierten Umstände des Aufbaus der Partei ist es kaum möglich, eine Übersicht über den Mitgliederzulauf zu gewinnen. Es gab keine zentrale Karteien und Verzeichnisse. Interessenten traten in die überall sich etablierenden Ortsvereine ein, von denen manche die (sich überdies ständig ändernden) Zahlen nach Berlin meldeten, andere nicht. Viele derer, die sich im ersten Überschwang als Mitglieder eintragen ließen, tauchten niemals wieder auf und bildeten so etwas wie „Karteileichen“. Andere traten wieder aus. Viele Interessenten der ersten Wochen traten aus Begeisterung ein und merkten erst viel später, daß sie mit ihren Ideen eigentlich in ganz anderen Parteien ihre politische Heimat hätten suchen müssen. Eine erste vage Schätzung stammt vom Januar/Februar 1990 und geht von etwa 60.000 Mitgliedern aus, jedoch dürfte diese Zahl eher zu hoch gegriffen sein. In den folgenden Jahren sank sie auf etwas über 20.000, wobei die Arbeiter weiterhin allenfalls eine Minderheit in der Partei stellen.

Nach mehreren provisorisch genutzten Räumlichkeiten richtete sich der Parteivorstand ein Büro in einem Gebäude in der Mauerstraße (Berlin-Mitte) ein, das bis dahin der „Nationalen Front“ als Amtssitz gedient hatte und ihm unter der Regierung Krenz angeboten worden war. Im Februar 1990 zog der Parteivorstand in die siebente Etage der ehemaligen SED-Parteihochschule in der Rungestraße. Hier verfügte der Vorstand nun bereits über eine gewisse Mindestausstattung - Telephone, Computer, Schreibmaschinen, Kopier- und Fax-Geräte, die ihm infolge westlicher Spenden zur Verfügung gestellt worden waren. Büroleiter des SDP-Vorstandes wurde der frühere Stadtjugendpfarrer Ulrich Kasparick aus Jena. Im Dezember 1989 wurde Pfarrer Steffen Reiche, einer der Mitbegründer in Schwante, zum Pressesprecher berufen. Für die technischen Aufgaben stellte der Bonner SPD-Vorstand eine versierte, mit Büro-, Verwaltungs- und Organisationsaufgaben erfahrene Mitarbeiterin zur Verfügung. Nach der Einrichtung der „Runden Tische“ wurden von der westdeutschen Schwesterpartei auch Gelder und Sachmittel zur Verfügung gestellt.

Als die Regierung Modrow auf Druck der Opposition am 7. Dezember 1989 auf Regierungsebene den „Runden Tisch“ einführte, der dann auch auf regionaler und lokaler Ebene seine Nachahmung fand, beteiligte sich auch die SDP daran, was ihr bereits Einfluß und Verantwortung aufbürdete und damit zusätzliche Arbeit brachte. Auch andere Aufgaben, darunter die Auflösung des Staatssicherheitsapparates, und nahmen die junge und noch kaum konsolidierte Partei voll in Anspruch. Denn gleichzeitig mußte der Vorstand der neuen Partei

eine Organisation aufbauen, Material besorgen, Pressekonferenzen abhalten und Interviews geben, Stellung nehmen zu politischen Ereignissen, politische Leitlinien ausarbeiten und in einer kurzen Zeitspanne, in der sich in komprimierter Form wichtige Entwicklungen vollzogen, Verhandlungen führen und Entscheidungen treffen. Eingehende Post mit Beitrittserklärungen, Anfragen und andere Sendungen blieben ungeöffnet und unbeantwortet in Waschkörben liegen. Eine Sitzung jagte die andere, regelmäßig tagten Gremien bis tief in die Nacht.

Mitte Januar 1990 fand in Berlin eine mehrtägige Delegiertenkonferenz der SDP statt, auf der der Vorstand erweitert, die schon vorher diskutierte Umbenennung der Partei beschlossen und Fragen der Statuten und des Parteiprogramms erörtert wurden. Dort wurde ein Parteitag für den 22. - 25. Februar 1990 nach Leipzig einberufen, um u.a. den Vorstand zu wählen und das Parteiprogramm zu verabschieden. Hinzu kamen die ersten Vorbereitungen des Wahlkampfes, da klar war, daß als eines der ersten Resultate der Wende ein freigewähltes Parlament die SED-beherrschte Volkskammer ablösen mußte.

Mit finanzieller und personeller Unterstützung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung wurde im Januar 1990 der „Verein für politische Bildung“ gegründet, dessen Geschäftsführung dem früheren SDP-Büroleiter Kasparick übertragen wurde. Dieser Verein übernahm politische Bildungsaufgaben im Sinne der gerade erst entstehenden Demokratie. Durch Kontaktaufnahme mit den in der Provinz gegründeten Parteiorganisationen entstand rasch ein Netz von (durchweg ehrenamtlichen) Mitarbeitern, an die sich wiederum zahlreiche Interessenten wandten. Ab Dezember 1989 konstituierten sich überdies nach und nach sozialdemokratische Verbände für Frauen, Studenten und Selbständige und nach längeren Vorbereitungen am 3. Februar 1990 der Jugendverband der „Jungen Sozialdemokraten“. Unter schwierigen Bedingungen entstand so nach und nach eine Parteiorganisation.

Das Verhältnis zur SPD

Die Gründung der SDP war ohne organisatorische Mitwirkung und programmatische Abstimmung mit der SPD im Westen erfolgt. Im August 1989 hatten der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, und der Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt die Gründerinitiativen recht kühl kommentiert. Parteigründungen durch kleine Gruppen, so Momper, könnten gar nichts bewegen. Parteivorstand und Basis ebenso wie die parteinahe intellektuelle Öffentlichkeit waren auf dieses Ereignis vollkommen unvorbereitet und reagierten darauf unsicher und uneinheitlich. Hierfür nur einige Belege.

Eine Woche nach Schwante fuhr das Gründungsmitglied Steffen Reiche in die Bundesrepublik und nutzte die Gelegenheit, um in Bonn mit dem SPD-Parteivorstand Verbindungen aufzunehmen. Die DDR-Behörden hatten ihm ohne weiteres Zögern das erforderliche Ausreisevisum gegeben; der SED-Staat wußte zwar, daß Reiche zu den Gründern von Schwante gehörte, erkannte aber auch, daß er die Entwicklung mit Verboten und Schikanen nicht mehr aufhalten, eher vorantreiben würde. Vor seinem Besuch in Bonn nahm Reiche aber Verbindung auf mit einem der Partei nahestehenden Politologen. Reiche hatte sich mit ihm über den Aufbau der Partei, programmatische Fragen und Perspektiven der politischen Arbeit unterhalten wollen, mußte sich jedoch einen einstündigen Monolog über die Notwendigkeit der Unterstützung reformfreudiger Kräfte innerhalb der SED anhören. Der Politologe riet dringend vom weiteren Ausbau der SDP ab und empfahl den ostdeutschen Sozialdemokraten, geschlossen der SED beizutreten, um jene Kräfte zu stützen - eine Zumutung, die Reiche schlicht als abstoßend empfand.

Ähnliche Szenen spielten sich auch auf anderer Ebene ab. Der West-Berliner Landesverband der SPD, der den Ereignissen geographisch besonders nahestand, reagierte teilweise distanziert und kühl auf Schwante und auf die Bemühungen, im Ostteil der Stadt eine sozialdemokratische Parteiorganisation aufzubauen. Besonders augenfällig war ein solches Verhalten an einem späteren Beispiel zu beobachten. Noch im Dezember 1989 lud der Bundesvorstand der Jungsozialisten eine Abordnung jüngerer ostdeutscher Sozialdemokraten nach Bonn ein. Untergebracht wurden die Gäste im Nobelhotel *Scandic Crown*, in dem eine einzige Übernachtung bei realem Umtauschkurs etwa zwei durchschnittliche DDR-Monatsgehälter kostete. In dieser Umgebung bemühten sich die Funktionäre der Jungsozialisten, ihre Gäste von den Vorzügen des Sozialismus zu überzeugen und von der Notwendigkeit der deutschen Teilung. Ähnlich wie gegenüber Reiche empfahlen die westlichen Gesprächspartner, sich dem Regime anzupassen und in die - zu dieser Zeit bereits in Auflösung befindliche - FDJ einzutreten.

Es dauerte noch einige Zeit, bis sich die West-Partei - Vorstand und Basis - vollständig auf die neue Situation eingestellt hatte. Hatte Oskar Lafontaine anfangs spontane Solidarität mit der neuen Partei gezeigt und diese auch durch Auftritte in der DDR unterstrichen, so kühlte das Verhältnis bis Ende Januar rasch ab. Seine unverhohlene Distanz zum Osten insgesamt, seine Selbstdarstellung als „Kind der [alten] Bundesrepublik“ und seine Ablehnung der Rufe nach der deutschen Einheit als „Nationalismus“ verursachten Irritationen auf beiden Seiten. Namhafte intellektuelle Vertreter der Partei wie Peter Glotz vermochten diese Distanz noch Monate später nicht zu überwinden.

Dennoch gab es bereits im Oktober 1989 zustimmende Signale aus Bonn. Zustimmung kam von Willy Brandt, damals Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, der für manche Vertreter der Gründergeneration seit jeher eine Leitfigur gewesen war, und vom Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel. Bei den Gesprächen Reiches mit Vertretern des Parteivorstandes in Bonn wurde ein kurzfristiges Treffen mit Vogel arrangiert, nach dem dieser völlig überraschend seinen Gast zu einer Vorstandssitzung bat; in einem anschließenden Gespräch mit Egon Bahr erklärte dieser, daß die SPD die Beziehungen zu ihrer Schwesterpartei aufnehmen wolle. Vogel selbst erklärte in der Öffentlichkeit, nicht mehr die SED, sondern die SDP sei der Ansprechpartner in der DDR. Einige Bundestagsabgeordnete sowie vereinzelt Vertreter des (West-)Berliner Landesverbandes nahmen Kontakte auf und organisierten später Hilfsaktionen.

Durch das energische Eintreten des Parteivorsitzenden Vogel und seines Vorgängers Willy Brandts, die die Bedeutung der historischen Stunde begriffen hatten, wurden rasch enge Verbindungen zwischen beiden Parteien geknüpft. Durch Brandt öffnete sich auch die Sozialistische Internationale der neuen Partei, zu deren Sitzung am 21./22. November 1989 Vertreter der SDP eingeladen wurden. Auch die schwedische Sozialdemokratie nahm bald Kontakte auf. Im Januar 1990 richtete der Parteivorstand der SPD in West-Berlin ein Verbindungsbüro ein, das mit dem ehemaligen Vorwärts-Chefredakteur Gerhard Hirschfeld und zwei weiteren Mitarbeitern besetzt wurde.

Eine zunächst unerwartete Entwicklung zwang zur raschen Annäherung beider Parteien. Die SED hatte sich im Dezember 1989 den zusätzlichen Namen „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) zugelegt und sich damit nach außen hin auch ein neues Gesicht gegeben. Den alten Namen behielt die SED/PDS zunächst bei, um sich die Rechtsansprüche auf das Parteieigentum zu sichern. Später legte sie den alten Namen ab und firmiert seitdem nur noch als PDS. Im Dezember 1989 tauchten nun Gerüchte auf, die SED wolle sich umbenennen in „Sozialistische Partei Deutschlands“, was die Sozialdemokratie im Osten infolge der gleichen Abkürzung um ihren angestammten Namen gebracht hätte. Um derartigen Absichten - auch mit Rücksicht auf den kommenden Wahlkampf - zuvorzukommen, faßte der SDP-Vorstand am 12. Dezember einen Beschluß auf Umbenennung der Partei in SPD und ließ diesen auf ihrem Delegiertentag am 14. Januar 1990 verabschieden. Schon lange vor der offiziellen Entscheidung hatten Ortsvereine wie in Rostock von sich aus die Bezeichnung SPD angenommen. Mit der Namensgleichheit hatten Ost- und West-SPD äußerlich ihr Streben nach Einheit bekundet. Der Wunsch, die beiden Parteien auch offiziell zusammenzuschließen, wurde immer häufiger laut und auf

dem Hallenser Parteitag im Juni 1990 offiziell als Ziel proklamiert. Die Vereinigung wurde schließlich im September 1990 vollzogen.

Ausblicke

Die weitere Entwicklung der deutschen Geschichte bestimmte auch die Entwicklung der Partei. Sie übernahm in vielen Bereichen Verantwortung, bevor sie zu einer vollen und funktionsfähigen Partei gereift war. Dazu gehörte einerseits der schon angedeutete Aufbau der Parteiorganisation auf allen Ebenen, die Beteiligung ihrer Vertreter an den sich ab Dezember 1989 etablierenden „Runden Tischen“ auf DDR-Ebene, in den Bezirken und Gemeinden, die Ausarbeitung eines Partei-Programms für den Leipziger Parteitag und Wahlen für den Parteivorstand sowie der anlaufende Wahlkampf für die ursprünglich auf den 6. Mai angesetzten, dann auf den 18. März 1990 vorgezogenen Volkskammerwahlen. In die nachfolgende Zeit, die nun schon nicht mehr Gründerzeit genannt werden kann, fällt auch die Regierungsbeteiligung der Ost-SPD bis zur Vereinigung mit der West-SPD.

In der Zeit vom 22.-25. Februar 1990 fand in Leipzig unter großer Anteilnahme der internationalen und der westdeutschen Sozialdemokratie sowie der Öffentlichkeit der erste Parteitag der Ost-SPD statt. Das im wesentlichen von Jörg Milbradt unter Mitarbeit von Richard Schröder ausgearbeitete Programm wurde verabschiedet und ein neuer Vorstand gewählt. Erster Vorsitzender wurde Ibrahim Böhme, stellvertretende Vorsitzende wurden u.a. Markus Meckel, Angelika Barbe sowie Karl-August Kamilli, der den Parteiverband in Leipzig mitgegründet hatte. Böhme amtierte, bis er infolge massiver Belastungen durch seine Mitarbeit in der Staatssicherheit im März 1990 sein Amt zunächst ruhen lassen und im Mai endgültig niederlegen mußte. Im Juli 1992 wurde er endgültig aus der SPD ausgeschlossen. Geschäftsführender Vorsitzender wurde für eine Übergangszeit Markus Meckel. Auf dem Sonderparteitag in Halle am 9. Juni wurde unter drei Kandidaten schließlich Wolfgang Thierse gewählt, der erst im Februar 1990 vom „Neuen Forum“ zur SPD gestoßen war und somit nicht zur Gründergeneration gehört.

Das einschneidendste Ereignis in der Folgezeit war das ernüchternde Ergebnis der Volkskammerwahl am 18. März 1990. Hatten manche Prognosen mit Blick auf die sozialdemokratischen Hochburgen in Sachsen und Thüringen vor 1933 einen deutlichen Wahlsieg, in Einzelfällen sogar eine absolute Mehrheit vorausgesagt, so stellten die erreichten knapp 22% eine arge Enttäuschung dar. Die Ausstrahlung der CDU-geführten Bundesregierung und ihre massiven Un-

terstützungen einerseits, der organisatorische Vorsprung der alten Blockparteien mit ihrer Infrastruktur und ihrem festgefügteten Establishment andererseits waren in der kurzen und hektischen Zeit zu stark, als daß ein Gegengewicht dazu hätte geboten werden können. Es stellte für die Partei keinen Trost dar, daß auch die anderen neugegründeten Parteien und Bürgerbewegungen - „Demokratischer Aufbruch“, Deutsche Soziale Union (DSU), die beide in der CDU aufgingen, sowie „Bündnis 90“ und Grüne, die sich später zusammenschlossen - zusammen auch nicht mehr als etwa 12 % der Wählerstimmen erreichten.

Die Frage der Regierungsbeteiligung war unter Sozialdemokraten zunächst keineswegs unumstritten. Es gab Stimmen, die angesichts der relativ schwachen Stellung der Partei den Verlust ihres programmatischen Profils befürchteten. Die Regierungsbeteiligung brachte denn auch der Ost-SPD, wie die Kommunal- und Landtagswahlen im Mai bzw. Oktober 1990 zeigen sollten, keine Stärkung innerhalb der Parteienlandschaft. Das wirkte sich schließlich auch auf die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl vom 3. Dezember 1990 aus. Das ambivalente Verhältnis zur eigenen Koalitionsregierung äußerte sich u.a. in einer kritischen Einstellung zum Einigungsvertrag - nicht aus grundsätzlicher Ablehnung der sich anbahnenden Einigung als vielmehr aus ihrem zunehmend distanzierten Verhältnis zur CDU-geführten Regierung de Maizière. Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten und Kontroversen in Sachfragen führten schließlich dazu, daß der Ministerpräsident entgegen der geltenden Verfassung Finanzminister Romberg verabschiedete, worauf die SPD die Regierungskoalition verließ. Darauf trat auch der Fraktionsvorsitzende Richard Schröder, der diesen Schritt mißbilligt hatte, von seinem Amt zurück.

Das distanzierte Verhältnis zur Regierungskoalition war wohl auch der Grund dafür, daß die Partei sich zurückhaltend zu entscheidenden Wendepunkten in der DDR-internen, gesamtdeutschen wie internationalen Politik äußerte. Sie gab ihre Zustimmung zur Währungsunion, hielt sich jedoch lange mit einem Bekenntnis zur raschen Vereinigung Deutschlands zurück. Im Januar 1990 hatte sich Markus Meckel in einem Spiegel-Interview für einen längeren behutsamen Prozeß ausgesprochen, für ein Zusammenwachsen, nicht für einen schnellen „Anschluß“. Ibrahim Böhme sprach von „striker Zweistaatlichkeit“ und projizierte den Einigungsprozeß in eine ferne, parallel dazu laufende europäische Integration. Andererseits dominierten nach dem Fall der Mauer an der Basis rasch die Stimmen für eine rasche Einigung: Die DDR war als Staat in Auflösung begriffen, wirtschaftlich zusammengebrochen und aus der Sicht ihrer Bewohner ohne jeden Kredit. Das relativ späte Bekenntnis des Parteivorstandes trug diesem Umstande Rechnung.

Mit der Vereinigung von Ost- und West-SPD etwa ein knappes Jahr nach

Schwante hörte die ostdeutsche Sozialdemokratie auf, als eigenständige Partei zu existieren. Sie ging auf in der größeren gesamtdeutschen Partei. Viele ihrer Gründer waren am 18. März 1990 in die Volkskammer gewählt worden und arbeiteten dort weiter bis zur Wahl des nunmehr gesamtdeutschen Parlaments. Einige Vertreter der Gründergeneration - Markus Meckel, Angelika Barbe, Konrad Elmer, Stephan Hilsberg und andere - wurden in den Bundestag gewählt, andere in die Landtage der neuen Bundesländer. Wir finden einige als Minister oder Senatoren der Bundesländer oder als Oberbürgermeister, als Funktionäre in Organisationen und Verbänden. Einige verließen die Politik: Unerfahren mit parteipolitischen Verfahrenstricks, wurden sie von westdeutschen Konkurrenten ausgespielt und dadurch abgedrängt. Vereinzelt sind Fälle, daß sie sich parteipolitisch anders orientierten. Andere zogen sich aus der Politik zurück und kehrten in ihren Beruf zurück.

Was bleibt von der Gründergeneration als Vermächtnis erhalten? Worin sollte der inzwischen zum festen Begriff gewordene „Geist von Schwante“ weiterwirken - innerhalb der Sozialdemokratie, auf parlamentarischer Ebene und in der politischen Kultur der vereinigten Teile Deutschlands insgesamt?

Die überstürzte Entwicklung eines Jahres - von der Gründung der Partei bis zur Einigung Deutschlands - hat viele Ideen und Vorstellungen der Gründergeneration überrollt. Ob wirtschaftliche Sachzwänge und soziale Umbrüche im schwierigen Prozeß des Zusammenwachsens der 40 Jahre lang getrennten Landesteile nennenswerte Spielräume für grundlegende Neuerungen im politischen System Deutschlands lassen, muß abgewartet werden. Dabei spielt auch die geringe Aufnahmebereitschaft der Westdeutschen, die oftmals keinen nennenswerten Reformbedarf erkennen können, eine wichtige Rolle. Es wird sich zeigen, welche Ideen der ostdeutschen Sozialdemokraten und der ostdeutschen Parlamentarier insgesamt ihren Niederschlag in den Empfehlungen der Verfassungskommission des Deutschen Bundestages finden werden.

Befragt man die „Gründer von Schwante“ heute, welche ihrer Forderungen unerfüllt geblieben sind, so häufen sich bestimmte Antworten. Durchweg ist ihre soziale Sensibilität höher entwickelt als die der meisten westlichen Parteifreunde. Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot werden von ihnen anders und schmerzhafter wahrgenommen. Die Mitarbeit an den „Runden Tischen“ wird von manchen dagegen als positive Erfahrung bewertet: das von Fraktionszwängen freie, überparteiliche, sachliche Gespräch als Errungenschaft einer politischen Kultur. Auch die Forderung nach plebiszitären Elementen in der Verfassung war und ist ein Erbe der Sozialdemokraten sowie zahlreicher anderer Oppositionsgruppen der DDR. Sie sind beispielsweise eingeflossen in die Brandenburgische Landesverfassung. Der „Geist von Schwante“ hat bereits Spuren in der gesamt-

deutschen politischen Landschaft hinterlassen. Sein Erbe weiterzuentwickeln und zu gestalten bleibt Verpflichtung aller, die sich auf den Kampf gegen Diktatur und Unfreiheit berufen.